



# Fragen der Beamtenbesoldung

Der preussische Landtagsabgeordnete Bartzel-Dannover, hat auf der demokratischen Reichsbeamtenversammlung das nachfolgende sehr beachtenswerte Referat gehalten.

Er verwies zunächst auf die unzulängliche Besoldung der gesamten deutschen Beamtenschaft in der Zeit vor dem Kriege. Nach der Denkschrift, die das Reichsfinanzministerium unter dem deutschnationalen Reichsfinanzminister von Schlieben im Januar 1925 dem Reichstag vorgelegt habe, sei das Volkseinkommen, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet von 1897 bis 1908 um rund 31 v. H. gestiegen, während die Bezüge der Beamten der unteren Besoldungsgruppen in dieser Zeit um rund 25 v. H., die der mittleren um rund 17 v. H. und die der höheren um rund 11 v. H. erhöht worden seien. Die Denkschrift stelle mit Recht fest, daß gegenüber der gesamten Bevölkerung sämtliche Beamte in ihrem Einkommen herabgefallen waren. Das liege nicht an der Besoldung der Beamten, sondern an der Besoldung der Bevölkerung. Das sei die Besoldungspolitik in dem reichen Deutschland der Vorkriegszeit unter konservativer preussischer Vorherrschaft gewesen. Es gebe für das konterwärtige Regime keine vernünftigeren Kritik als die Denkschrift des deutschnationalen Reichsfinanzministers von Schlieben. Während der Kriegszeit und der Nachkriegszeit, insbesondere in der Inflation seien die Verhältnisse noch katastrophaler geworden.

Es müsse aber anerkannt werden, daß es dem verarmten Deutschland in der Nachkriegszeit schwieriger sei, die Beamtenbesoldung so zu bemessen, wie man es wünschen möchte, als dem reichen Deutschland der Vorkriegszeit. Nach der Inflation seien die Beamtengehälter im Dezember 1923 auf Goldgehälter umgestellt worden und diese Regelung sei von der damaligen Reichsregierung als eine Fortsetzung bezeichnet worden, die nur auf ganz kurze Zeit tragbar sei. Die Beamten haben damals die Kosten der Stabilisierung in sehr erheblichem Umfange mitgetragen. Zum 1. April 1924 sei eine kleine Aufbesserung erfolgt und zum 1. Juli 1924 die in der Beamtenschaft herabgesetzte Sommerregelung, bei der die unteren Gruppen sehr schlecht weggekommen seien. Dann seien wesentliche Aufbesserungen nicht mehr erfolgt, obwohl der Reichsfinanzminister von Schlieben 1925 die Notwendigkeit hierzu anerkannt und erklärt habe, er hoffe, daß nicht in allzu ferner Zeit die Lage der Beamten verbessert werden könne. Es handele sich also darum, daß die Beamten noch einige Zeit auszuhalten. Diese „einige Zeit“ dauere jetzt schon zwei Jahre. Die erforderliche Erhöhung sei immer wegen Mangel an Mitteln abgelehnt worden. Dabei müsse festgestellt werden, daß die Reichsregierung im Herbst 1923 in der Lage gewesen sei, der Reichsindustrie 75 Goldmillionen zu zahlen. Die Regierung Luther sei dem gleichzeitig mit der Einbringung einer Zolltarifvorlage die große Preisentwertung angeknüpft worden, über die man heute nicht mehr gerne spreche. Eine solche sei ja auch angeknüpft der Erhöhung von Zöllen unmöglich gewesen. Unter der Ära von Schlieben habe man sehr erhebliche Gelder in der Reichskasse angesammelt. Man spreche von einer Umlagerung von einer Milliarde, neuerdings sei sogar ein Betrag von 1,5 Milliarden genannt worden. Trotzdem die hohen Beträge der Wirtschaft entzogen und vorhanden gewesen seien, habe Herr von Schlieben angeblich das Geld für Erhöhung der Beamtenbezüge gesucht. Wenn man auf den demokratischen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold von Seiten der

Rechten verweise, so müsse darauf hingewiesen werden, daß Herr Dr. Reinhold infolge der verfehlten Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik der Rechten eine geradezu katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft vorgefunden habe. Daß damals eine Erhöhung der Beamtenbezüge physikalisch unmöglich gewesen sei, sei allgemein anerkannt worden. In der Öffentlichkeit hat man damals sogar über eine Kürzung der Beamtenbezüge gesprochen, und es sei von der Beamtenschaft darüber begründet worden, daß Herr Dr. Reinhold mit aller Deutlichkeit diesen Gedanken der Kürzung der Beamtenbezüge abgelehnt habe. Herr Dr. Reinhold habe aber dann im letzten Winter eine Aufbesserung in Aussicht gestellt, und man habe bestimmt zum Frühjahr dieses Jahres mit einer solchen geredet. Auch die Rede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler auf der Tagung der Reichsfinanzbeamten habe diese Hoffnungen bestärkt. Später sei allerdings Herr Dr. Köhler vorzichtiger und zurückhaltender geworden und habe erklärt, die Aufbesserung solle erfolgen, sobald die Wirtschaftslage es gestatte, und er habe weiter hinzugefügt, daß ihm die Mittel für eine Bezahlungsbefreiung fehlen. Dieser Einwand erscheine unbegründet, wie der Redner eingehend nachwies. Man könne es nicht verstehen, wie man da über Mangel an Mitteln für die notwendige Beamtenbesoldung sprechen könne. Hierzu komme die starke Belastung der Wirtschaft, die auch von Herrn Dr. Köhler gegenüber dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ anerkannt worden sei und die sich besonders in dem erschütternden Rückgang der Arbeitslosenquote zeigt. Diese Belastung müsse zur Folge haben, daß die Steuererträge wesentlich härter seien und die Leistungen für Arbeitslose abnehmen. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtengehälter sei von allen Seiten anerkannt worden. Man brauche nur daran zu denken, daß die Wahlen zum 1. Oktober auf 120 Prozent der Friedenshöhe steigen werden. Demgegenüber liege die Erhöhung des Ortszulages auch nicht im hintersten einer Abgeltung. Man spreche darüber hinaus, ohne einen Widerspruch bei der Reichsregierung zu finden, von einer Mieterhöhung auf 140 Prozent, die sich geradezu katastrophal für die Beamtenschaft, aber auch für die deutsche Wirtschaft auswirken würde. Der Lebenshaltungsindex steige anormale.

Ein Beamter der Besoldungsgruppe 2 beziehe in der Ortsklasse B einfl. Wohnungsgeld ein Anfangsgehalt von monatlich 102 M., ein Endgehalt von 150,50 M. In der Besoldungsgruppe 3 betragen die Beträge 121 bzw. 160,50 M. Hieron gehen selbstverständlich die Steuern ab. Diese Zahlen zeigen ganz deutlich, daß angesichts der Leuerungsverhältnisse eine sehr durchgreifende Aufbesserung zwingend erforderlich sei. Aber auch die Gehälter der Beamten der mittleren und höheren Besoldungsgruppen seien, worauf er an Hand von Zahlen im Landtage hingewiesen habe, vollständig unzulänglich. Eine durchgreifende Reform der Beamtenbesoldung werde allgemein als erforderlich anerkannt, und es sei selbstverständlich, daß diese Reform auch auf die Mariagegeldempfänger, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen ausgedehnt werden müsse. Er sei der Ansicht, daß dafür gerufen werden müsse, daß die Beamten spätestens zum 1. Juli Geld in die Finger bekommen. Wenn diese Notregelung getroffen sei, könne man an die grundlegende Neuregelung der Beamtenschaft, die auch er wolle, herangehen. Wenn man das jetzt noch nicht könne, so sei das die große Schuld der Reichsregierung, die auch in dieser Frage nicht geführt, sondern die Sache habe laufen und sich treiben lassen. Man verweise besonders in Beamtenträgen bei der Reichsregierung jede klare Fälligkeit. Abgehen von der Notlage der Beamtenschaft sei aber auch psychologisch der Zeitpunkt angesichts der Belastung der Wirtschaft richtig

und dieser Zeitpunkt dürfe nicht verfehlt werden. Die Führer der deutschen Wirtschaft geben im allgemeinen ganz unumwunden die Notwendigkeit der Besoldungsaufbesserung zu und insbesondere die Führer im Einzelhandel, im Handwerk und in der Bergbauwirtschaft erkennen immer mehr, wie wichtig für sie die Besoldung des Innenmarktes durch eine bessere Besoldung der Beamtenschaft wäre. Dazu komme, daß die Tarifverhandlungen auf dem freien Arbeitsmarkt im wesentlichen abgeschlossen seien oder vor dem Abschluß stehen. Wenn die Wirtschaft über den hohen Steuerdruck klagt, so sei das durchaus berechtigt. Hieran tragen aber die Beamten, seine Schuld. Auch er sei der Ansicht, daß man im Bewohnungsapparat Deutschlands durch Übergang zum Einwohnungsapparat durch eine vernünftige Reform der Bewohnungsfrage auf die Dauer sehr erhebliche Ersparnisse erzielen könne. Auch die Beamtenschaft sei für eine solche vernünftige Sparmaßnahme, abgesehen von den sonstigen Interessen der Beamtenschaft an einer Bewohnungsreform, durchaus zu haben. Man könne der Führung der Deutschen Demokratischen Partei nur dankbar dafür sein, daß sie sowohl in der Frage des Einwohnungsapparat und der Bewohnungsreform, als auch in der Frage der Beamtenschaftsbefreiung durch die Führung geholt habe und die richtigen Wege gegangen sei. Eine Beamtenschaft, die die Zeit verhehle, könne die Wege der Deutschen Demokratischen Partei nur billigen und begünstigen. (Stürmischer Beifall.)

## Die Kommunalbeamten zur Besoldungsfrage.

Auf dem Verbandstag der preussischen Kommunalbeamten wurde auch die Besoldungsfrage behandelt. Der Vorsitzende, Stadtkammerrats Gutschmidt, Berlin-Tempelhof, wies darauf hin, daß die Beamtenschaft gegen die Besoldung die ihr durch Regierung und Parlamente zugeteilt wurde, aus schärfster Klage zu erheben habe. Der Verband verlange die Durchsetzung des Grundgesetzes der Anstellung der Beamten auf öffentlich-rechtlicher Grundlage, außerdem in erster Linie die wirtschaftliche Sicherstellung. Mit besonderem Nachdruck wies er auf die Notwendigkeit hin, endlich durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen das Dauerangestelltenrecht zu befestigen.

Nach Worten der Begrüßung durch die erschienenen Ehrengäste, unter denen sich Ministerialrat Jähnsch von Preussischen Innenministerium sowie einige Abgeordnete der D. D. P., darunter der Abgeordnete Hoff, sowie Vertreter des Reichsständebundes der betreffenden Organisationen befanden, sprach Geschäftsführer Meißner G. m. d. B., Berlin, über die Besoldungspolitik.

Ausgehend von einer Betrachtung der finanz- und steuerpolitischen sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse wies er darauf hin, daß das Sinken der Erwerbseinkommen und die Steigerung des Lohnniveaus auf der einen Seite sowie die Not und Verfallung der Beamtenschaft bis in die oberen Besoldungsgruppen hinein eine sofortige Erhöhung der Beamtenbezüge notwendig machen. Der Verband protestiere entschieden gegen jeden Versuch an den Grundlätzen des nach sozialen Gesichtspunkten aufgebauten Besoldungssystems von 1920 wesentliche Änderungen im Sinne einer Kürzung zum Gehaltsstufenplan vorzunehmen. Er verlange die reifliche Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten in Bezug auf die Besoldung, und behaupte, daß es dem Deutschen Beamtenbunde bisher nicht möglich gewesen sei, in den letzten Monaten eine Erörterung der Besoldungsfrage mit dem Reichsfinanzminister in die Wege zu leiten. Die bisher gewählten vornehmen Methoden auf diesem Gebiete seien bei der Behandlung, die die Beamtenschaft zugetragen habe, unter Umständen nicht mehr am Platze. Der Verband

## Dem Andenken Walter Rathenaus.

Zum 24. Juni 1927.

Fünf Jahre sind verfloßen seit jenem Junimorgen, der das grauamfähe Ende Walter Rathenaus brachte. In fünfjähriger harter politischer Arbeit ist Deutschland den Weg gegangen, den Rathenaus vorgezeichnet hat, den Weg, der der einzig richtige und einzig mögliche war. Rathenaus hätte noch viel helfen können, den Lebensweg unseres Volkes abzuklären. Das Schicksal hat es anders bestimmt und doch — seine Worte sind nicht verweht, seine Mahnungen nicht unklar verhallt. Noch klingt seine Stimme unter uns. Und wie freigeigelt ein Charakteristikum des lebenden Rathenaus war, so wirken auch die ausgeführten Schätze seines Geistes noch fort, da ihn längst der Regen deckt.

Wir haben doppelten Grund, heute Walter Rathenaus zu ehren. Denn heute ist bewiesen, was damals nur Annahme war und sein konnte. Wir haben heute die Sicherheit, daß unser politischer Weg zum Ziele führt, und heute braucht niemand mehr Mut aufzubringen, um diesen Weg zu gehen, ja heute gehen ihn ja selbst diejenigen, die feinerzeit die widerständigen Gegner des Politikers Rathenaus waren. Es ist aber gut an die schweren Jahre von damals zu erinnern, und es ist am besten, das mit den Worten Rathenaus selbst zu tun. Im August 1921 schrieb Rathenaus an den Geheiratet haben: „Aberaus dankbar bewegt bin ich von den freundlichen Worten, die Sie meiner politischen Arbeit widmen. Ich weiß, daß Sie dabei in freundschaftlicher Weise mehr den guten Willen als das Ergebnis einschätzen. Die Welt ist derartig verengt, daß die ersten Spartenfische von unendlicher Mühseligkeit sind. Dennoch glaube ich, daß eine erwischene und klare Richtung, wie sie von diesem Kabinett wenigstens in den Hauptfragen angeht, wird, das einzige Mittel ist, um ein paar Schritte vorwärts zu kommen.“ Kurz zuvor hatte er am Max Warburg in Hamburg ge-

schrieben: „Alles kommt darauf an, die stärksten Kräfte des Landes mobil zu machen; gelingt mit der beachtlichsten Politik die ehrliebe Verständigung nicht, so gelingt sie überhaupt nicht, denn der andere Weg ist aussichtslos.“

Wie in ihm die Gedankenänge der Verständigung lebten, wie Rathenaus die großen Zusammenhänge sah, das geht aus einem Brief hervor, den er im Oktober 1921 nach Washington schrieb. In diesem Brief heißt es: „Die Geltung Deutschlands ist nur dann möglich, wenn die alliierten Staaten einsehen, daß das Land aus Gründen der Zivilisation und Kultur im Herzen Europas erhalten bleiben muß, und wenn die Vernunft denjenigen politischen Tendenzen entgegenarbeitet, die offensichtlich zur wirtschaftlichen Vermittlung Deutschlands hindrängen. Entscheidend wird hierbei die Stellung Amerikas sein. Amerika ist soweit ich weiß, aus ideellen Gründen in den Krieg eingetreten, und es hat aus ideellen Gründen den Krieg und Friedensschluß entscheiden helfen. Somit wird Amerika über lang oder kurz erkennen, daß es auch an dem Ergebnis des Krieges und dieses Friedensschlusses einen Teil der Verantwortung trägt.“

Der Mensch Rathenaus operierte sich seinem Werte. Es ziemt auch an seinem Todestag, des Menschen Rathenaus zu gedenken. Als er zu Beginn des Jahres 1922 das Außenministerium übernahm, schrieb er: „Einen schweren Entschluß mußte ich fassen. Ich will noch einmal versuchen, alle Kräfte zusammenzufassen und in Dienst zu stellen. Es sind Stunden der Sorge und des Zweifels.“ Und kurz zuvor hat er an eine Frau, die ihm sehr nahe stand, geschrieben: „So sollen sich um meine Erhaltung keine Sorge machen. Wenn ein unvergeubetes Leben eiden soll, so geschieht es nicht aus Willkür, sondern weil es seinen Abschlus gefunden hat. Dankbar bin ich für jede Stunde, die mir zu wirken gegönnt ist. Und welcher Sak, welcher Vinselheit des Wertes leidet ich, zieme nicht zu fragen. Noch weniger sollen Sie sich kümmern und betreiben über schlimme Worte. Es gibt Menschen, die durch Leiden höher werden, doch auch sie müssen zur Heilung beitragen, freilich auf dem weitesten Umwege.“

Und das ergreifendste Wort hat er geschrieben, als er von seinen Unternehmungen, die er jahreslang verwaltete und mit denen er verwahten war, scheidet mußte, weil ihn die Republik rief. Damals erkannte er mit Trauer seinen Schicksal. Sein Schicksal war auch das Schicksal aller jener Männer, die in Deutschlands dunkelsten Stunden nicht verzagten, die ungeachtet der Höhe und des Hasses taten, was ihnen Pflicht war. Rathenaus schrieb: „Man stehe ich vor über- und unüberwindlichen Problemen und Fragen. Der Einzige, der in diesen großen Gebieten so gut wie nichts. Es werden Mann für Mann in den Graben springen müssen, bis er überlistet werden kann. Gleichwohl: er wird nie überlistet werden wenn nicht einer beginnt.“

### Rathenaus-Aphorismen.

Die Erde trägt zu jeder Zeit ein Duzend Menschen die sich vor Echnacht, Einer des Andern, verzehren. Sie finden einander nicht.

Wespe denn, ein Kind in Furcht erschöpft, und wenn es die Furcht Gottes wäre. Denn er schändet unabsehbarer Menschenschlechte.

In jedem starken menschlichen Gefühl ist sein Gegenteil enthalten. Im Ausbruch der Verzweiflung verlorde sich der Trost, im Jubel lauter die Verzweiflung.

Individualität ist das, was mich von der Welt absondert, Liebe das, was mich mit ihr verbindet. Je stärker die Individualität, desto stärker erfordert sie die Liebe.

Gott lieben ist nicht das Letzte. Das Letzte ist Gott selbst.

Wer selbst sich nicht, ein Menschenleben um eine Stunde zu verzehren! Aber eine Stunde ihm zu verdorben — wer hätte das Schlimmere nicht schon verlohnt?



muß, und daß die Fraktion dem etwaigen Verfaß, in letzter Stunde vor den Ferien die Durchpeisung zu erzwingen, entchiedenen Widerpruch entgegenzusetzen genötigt wäre."

**Gegen die Zwangsartiklierung.**  
Eine demokratische Interpellation.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, wird die Demokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation wegen der Zwangsartiklierung in der Zigarettenindustrie einbringen. Dabei wird die Frage der Zwangsartiklierung grundsätzlich erörtert werden müssen, da, wie es heißt, von Seiten des Reichsernährungsministeriums auch eine Zwangsartiklierung für die Zigaretten-Industrie vorbereitet wird.

**Deutschland und der Weltsozialistenbund.**

Dr. Käß Präsident der Genfer Gründungskonferenz.  
Nachdem auch die Anregung von Italien der Welterbundrat schon Ende des Jahres 1925 beschlossen hatte, eine Kommission zur Prüfung der Frage der Begründung eines Weltsozialistenbundes zur Hilfeleistung bei großen Katastrophen einzusetzen, sind die Arbeiten dieser Kommission jetzt soweit vorgehrückt, daß am 4. Juni 1927 im Genf eine internationale Staatenkonferenz zur Gründung dieses Verbandes und zur Festlegung seines Statuts zusammentritt. Der Welterbundrat hat beschlossen, Deutschland den Vorsitz dieser Konferenz zu übertragen und hat auf Vorschlag der deutschen Regierung den früheren Reichsminister Dr. Käß zum Präsidenten der Konferenz

einstimmig gewählt. Dr. Käß wird sich Ende Juni zur Vorbereitung dieser Konferenz nach Genf begeben.

**Die neuen Mietgesetze.**

Wie mitgeteilt wird, ist der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes dem Reichsrat zugewiesen worden, nachdem ihm das Reichsmietengesetz bereits vorgelegt worden ist. Beide Gesetze werden wesentliche Änderungen des bestehenden Zustandes bringen, vor allem in der Richtung, daß unter gewissen Voraussetzungen die Klagevorschrift bei Kündigungen durchbrochen werden soll. Angesichts dieser Tatsache wird in parlamentarischen Kreisen im Reichstag mit scharfen Auseinandersetzungen gerechnet.

**Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion**

**Der Termin der Kommunalwahlen in Preußen.**

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, rechnet man im Preussischen Landtag mit einer Verabschiedung der neuen Landgemeinde- und Städteordnung noch vor dem 2. Juli. Da bisher als Termin für die Kommunalwahlen in Preußen an eine sechsmonatige Frist nach Verabschiedung des Gesetzes gedacht war, sollten die Kommunalwahlen in Preußen am 4. Dezember dieses Jahres stattfinden.

In einer interfraktionellen Sitzung der Regierungsparteien wurde jetzt jedoch geltend gemacht, daß die durch die neue Landgemeindeordnung erfolgende Aufhe-

bung der Gutsgebiete zur Folge haben wird eine große Anzahl Gutsbesitzer, die im Laufe eines langen Jahres noch nicht eingegliedert werden könnten, inwieweit würden und infolgedessen Nachwahlen finden müßten. Das wäre um so mehr ein Mißstand, das nächste Jahr ohnehin durch Reichstags- und tagswählende starke Anforderungen an die Wähler wird. Es wird deshalb jetzt erörtert, ob die die Abschaffung der Kommunalwahlen nicht derart vertagt werden kann, daß sie mit den preußischen Landtagswahlen zusammen erfolgen.

**Die Abfindung der Standesherren.**

Preussische Aktion im Reichsrat.  
Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, beschäftigt man in preussischen Regierungskreisen, so Reich von sich aus im Hinblick auf die notwendig werdende Regelung der Abfindung der Standesherren Initiative ergreift, im Reichsrat einen Antrag zu wonach die Abfindung der Standesherren durch ein Gesetz geregelt werden soll.

**Neue preussische Gesetze.**

Das preussische Staatsministerium hat dem preussischen Landtag einen Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung der elektrifizierten öffentlichen Unternehmungen, Bestimmungen des Staates in einer Altiengeßellschaft gelegt. Ein weiterer Gesetzentwurf befaßt sich mit der Verwaltung und Unterhaltung von Reichswägen im Stromspaltungsgebiet der Elbe.

**Konsum-Verein für Magdeburg und Umgegend**

Jacobstraße 42

Jacobstraße 42

**Zur Badefaison**

Bade-Anzüge für Kinder 1.55 1.05 — 90 — 74	- 63	Frottier-Handtücher 2.25 1.95 1.50 1.35	- 95
Bade-Anzüge für Damen 2.30 2.10 1.95	1 35	Frottier-Badelaken 10.50 8.75 5.15	4 75
Badehosen — 50 — 35	- 15	Bademäntel	div. Preislagen
Badehappen 2.25 1.35 — 60	- 38	Badeumhänge	div. Preislagen
Badeschuhe in schönen Farben	4 40	Bademantelstöße schöne Muster	div. Preislagen

Seltene Möbel-Angebote!  
1 rich. Esz. Kommode compl. nur 200. 605.—  
1 Eßzimmer compl. nur 200. 375.—  
1 rich. Herrenzimmer compl. nur 200. 450.—  
Möbel-Walst, Magdeburg, Breiter Weg 150

Insereien bringt Erfolg!

D. D. P. Fernsprecher 8095

**Salzquelle**  
Jeden Sonntag:  
**Konzert**  
Anschließend Tanzkränzchen.

Die größte Sehenwürdigkeit Magdeburgs ist und bleibt  
**Parkrestaurant**  
**Vogelgefang**  
Täglich Konzerte  
Jetzt Beginn der Rosenblüte

**Bauern und Kleinbauern Pächter und Siedler** verlangt die  
**Deutsche Bauernzeitung.**  
Probefücke kostenlos.  
Reichsverband landwirtschaftl. Klein- und Mittelbetriebe,  
Berlin N. 24, Monbijouplatz 3.

**Wilhelm Kober**  
**ff. Wurstwaren**

**ff. Fleischwaren**  
Allrenom. Wurst- u. Fleischwaren  
**Magdeburg**  
Bärplatz, Fernruf

**8. Volksbühnentag**

Freitag, den 24. und Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 Uhr, im Stadttheater.  
**Gastspiel der Berliner Volksbühne**  
**Ein Traumspiel**  
von August Strindberg  
Regie: Fritz Holl — Bühnenbilder: Edw. Sahr.  
Musik und musikal. Leitung: Wolf Zeller.  
Mitwirkende:  
Agnes Strindberg, Maria Leyko, Franz Roloff, Helene Burger, Dora Gerson, Joh. Koch-Bauer, Fritz Helmke, Alexander Granach, Leo Reuß, Ernst Karchow, Leonh. Steckel, Josef Almas, Armin Schweizer, Ferdinand Asper, Fritz Stadte, Sigmund Numborg, Karl Hansemann, A. Malzer, Georg Kaufmann, Victor Schwannicke, Peter Ilse usw.  
Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 2.30 Uhr und abends 7.30 Uhr im Stadttheater.  
**Gastspiel der Berliner Volksbühne**  
**Ein Sommernachtstraum**  
Schauspiel in 5 Aufzügen (10 Bilder) von William Shakespeare  
Musik von Mendelssohn-Bartholdy — Regie: Fritz Holl — Bühnenbilder: Edw. Sahr — Kostüme: W. Boehm  
Musikalische Leitung: Wolf Zeller  
Mitwirkende:  
Paula Batzer, Ilse Barwald, Antonie Schramm, Sybil Peach, Hans Rehmann, Ernst Karchow, Alexander Granach, Raoul Lange, Leo Reuß, Paul Henkele, Leonh. Steckel, Fritz Stadte, Armin Schweizer, Julius Schmidt, Peter Ilse, José Almas usw.  
Einladungskarten zum Preise von 0.70 Mk. bis 5.75 Mk. im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters. Für Mitglieder der Volksbühne Einheitspreis 2.00 Mk. Vorverkauf Konzertkasse Heftschloffen, Buchhandlung Volksstimme und Geschäftsstelle der Magdeburger Volksbühne, Berlinerstraße Nr. 19 (neben dem Wilhelm-Theater).

Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in der Stadthalle:  
**Sprech- und Bewegungs-Chöre**  
Besondere Mitwirkung: Das Sächsische Orchester, Leitung Generalmusikdirektor Walter Beck. Sprech- und Bewegungs-Chor der Berliner Volksbühne; Schönklang „Der gesungene Mensch“; Tanzgruppe Tripp-Skoronel und Bewegungschor der Berliner Volksbühne; Skoronel „Die Erweckung der Massen“; Sprech- und Bewegungschor der Chemnitzer Volksbühne Illing; „Aufbruch des Geistes“.

Eintrittskarten 1.00 Mk. an den Konzertkassen Heftschloffen, Buchhandlung Volksstimme und in der Geschäftsstelle der Magdeburger Volksbühne, Berliner Str. 19 (neben dem Wilhelm-Theater).  
Sonntag, den 26. Juni, vormittags 10.30 Uhr in der Stadthalle:  
**Oeffentliche Kundgebung für das deutsche Kultur-Theater**

Redner: Oberschürat Grimme, Magdeburg, Direktor Fritz Holl, Berlin — Universitätsbibliothekar Lic. Moring, Bremen; Dr. Nestorpeke, Berlin — Oberstudienrat Dr. Bohner, Magdeburg — Musikalische Umräumung, Leiter-Gesangverein Magdeburg, Leitung: Südt. Kapellmeister Herman Herria.  
Eintritt frei!

**Unsere bevorzogenen Gelegenheiten**

**Hermann Löns:**  
Mein braunes Buch  
Mein blaues Buch  
Widru (ein neues Tierbuch)  
Widru Band im Lederriemen u. Lederdeckel **3.25**  
**Wissensgaben:**  
Der letzte Hausbau, Dichtungen in der Fabel, Die Häuser von Döhlenhof, Heftbilder, Widru, Da draußen vor dem Tore, Mein braunes Buch, Mein blaues Buch, Kraut und Vol, Aus der Wildbahn, Mein blaues Buch,  
Jeder Band gut gebunden . . . Mk. **2.50**  
**Pierre Loti** der mit Stilberber von Band u. Leuten (mit der Eigenarten des größten Landes; Galiläa, Die Wüste, Jerusalem)  
Jeder Band mit Lederriemen . . . Mk. **3.25**

**Buchhandlung Volksstimme Magdeburg**

**Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“**  
Bes. Ad. Thürnagel.

**„Zum Patzenhofer“ u. Hotel „Stadt Prag“**

Bärstraße Nr. 1b-2 — Fernruf: Patzenhofer 7239, Hotel 1340  
**Das Haus der guten Küche!**  
Großer Frühstücks-, Mittags- und Abend-Tisch  
Jeden Abend abwechselnd Stammgerichte.  
Zum Ausschank gelangen die gut gegoffenen und temperierten echt „Schmidl-Patzenhofer“ Biere. Ganz besonders mache ich auf die mein eingebaute Be- und Füllungs-Anlage aufmerksam, wodurch das Lokal auch bei stärkstem Besuch vollst. rauchfrei ist.  
Neue Bewirtung: Hermann Holste.

Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren  
**B. Wolff's Gelegenheitskäufe**  
Schwettfegerstraße 14/15.

**Die Hilfe**  
Halbmonatsschrift für Politik, Literatur und Kunst  
Begründer:  
**D. Friedrich Naumann**  
Herausgeber:  
Anton Erkelenz  
und  
Dr. Gertrud Bäumer  
M. D. D.  
Preis 4,50 Mk. im Bierstoffsatz  
Man bestellt bei der Post, beim Buchhändler oder beim Verlag Ernst Kitzsch, Berlin, Berlin 62, Dreier Straße 8-9

Wir fertigen  
**Drucksachen**  
für jeden Bedarf schnellstens an  
Buchdruckerei  
**Hugo Alpers,**  
Delitzsch, Fernruf 466.

**Reinhold Feuerherd**  
**Edith Feuerherd**  
geb. Schroeter  
**Vermählte**  
Magdeburg, Walter-Rathenau-Str. 10



## Die deutschnationalen Zollforderungen.

Eine Heberentfremdung der von der deutschnationalen Regierung betriebenen Zollpolitik mit den Regeln der wirtschaftlichen Vernunft ist schlechthin unmöglich. Sie ist möglich, weil die wirtschaftliche Vernunft sich in politischen Entscheidungen auf das Ganze des Wirtschaftsbereichs einer Nation richtet und darin liegt die Schwierigkeit für das Verständnis deutschnationaler Wirtschaftspolitik.

Zu Beginn des Juni hat das Reichskabinett, in dem sich die Deutschnationalen finden, feierlich erklärt, daß es sich in einer freieren Gestaltung der internationalen und insbesondere der europäischen Wirtschaftsbeziehungen eine grundlegende Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Europas sehe. Eine Woche später hat dann der deutsche Reichsbundrat vor dem Wählerbundrat über die Zolltarifpolitik berichtet und sich im Namen wirtschaftlich erneuert für die Bewirkung der Gewerkschaften festgelegt. Während aber Herr Stresemann noch in Genf weilte, sagte das Reichskabinett dem Wählerbundrat, daß die deutschnationalen Volkspartei als Entscheidung für ihre politischen Zielstände fordert. Die Deutschnationalen, die der taumelnden Menschheit das Bild einer Partei gegeben haben, die jederzeit bereit war, im Interesse ihrer Machtmehrung alles zu verlieren, was vorher a der demagogischen Ausnutzung der Gefühle der Nation an ihnen propagiert worden war, lenken nur in einem Punkte kein Kompromiß: sie fallen niemals um, wenn es sich darum handelt, dem deutschen Volke Lasten aufzubürden, die vermehrte Einkünfte in die Taschen der von ihnen vertretenen selbstischen Großlandwirtschaft bringen. Von ihrem Standpunkt aus, d. h. vom Standpunkt der inneren Politik ihrer Partei, haben die Deutschnationalen nach ihren Anschauungen natürlich recht, wenn sie das deutsche Volkseinommen so verteilen wollen, daß immer größere Gewinne in die Taschen fließen, aus denen ihre politische Propaganda finanziert wird. Aber außenpolitisch ist eine verhängnisvolle Politik das denkbar Unglücklichste; denn Deutschland hat nur moralische Machtpositionen, deren es sich nicht bedient, wenn es von sich aus der Welt das Beispiel der Heberentfremdung des Volkseinkommens als Grund internationaler Beziehungen vorführt. Die Welt hat dann wieder Gelegenheit, sich von denen, die Deutschland mittraulich über die Weltlage gegenüber stehen, einiges über die Aufschüttung der deutschen Politik erzählen zu lassen.

Man muß bei allem die Frage stellen, ob denn die Deutschnationalen allein in dieser Reichsregierung etwas zu sagen haben. Schließlich ist doch auch die Deutsche Volkspartei mit zwei Ministern im Kabinett, die für die deutsche Außenpolitik und für die deutsche Wirtschaft verantwortlich zeichnen. Hat doch erst am Sonntag auf der Reichstagsabende der Deutschen Volkspartei der Reichstagsabende der Reichstag verabschiedet, daß in einem Parlament, wo die anderen nur fürberaten, die Deutsche Volkspartei die Partei des wirtschaftlichen Gewissens sei. Wir wollen ihm das gern glauben und wünschen, daß auch im Reichskabinett die Deutsche Volkspartei sich als die Partei des wirtschaftlichen Gewissens und als eine Partei der bürgerlichen Wirtschaft gegenüber den dauernd fortdauernden hat zeigen möge. Denn man sieht auf der anderen Seite schon wieder die von jeder verfochtene Politik des Reichsbundes: Zunächst wird auf Lagunen in Keden und Ärteln die Not der Landwirtschaft in die öffentliche Meinung eingeschleudert. Dann wird in aller Stille in dem Ministerium, das für die Ernährung des deutschen Volkes und nicht für die Interessendruckerei des öffentlichen Grundbesitzes geistert, eine Vorlage vorbereitet. In dem Augenblick, wo diese Vorlage veröffentlicht wird, fällt die ganze Landbevölkerung wie auf Kommando darüber her, nennt die Vorlage eine Entwürdigung und ruft zum Kampf gegen eine Zollpolitik auf, die den berechtigten Interessen der deutschen Landwirtschaft in keiner Beziehung genüge. Auf diese Weise glaubt man dann, die langsam vorbereitete öffentliche Meinung zur Anerkennung der in der Vorlage getriebenen Zollfrage zu bringen. Tatsächlich ist dem Reichsbund diese Art der Politik schon öfter gegolten. Das ist aber nur möglich, weil auch die allergrößten Zumutungen an die wirtschaftliche Vernunft das deutsche Bürgertum nicht dazu bewegen können, über die Grundzüge nachzudenken, die in der gegenwärtigen Lage Deutschlands für eine der gesamten Wirtschaft dienende Zoll- und Handelspolitik maßgebend sein müssen.

Im Reichskabinett sitzt auch noch die Zentrumsparlei. Sie stellt den Reichstagler, der nach der Verfallung die Richtlinien der Politik bestimmt. Der Herr Reichstagler wird sich also darüber Gedanken machen müssen, ob diese Vorlage in die Richtlinien hineinpaßt, die für die gegenwärtige deutsche Außenpolitik und für die Wirtschaftspolitik eine reparationsbelasteten, auf Ausfuhr und daher auf Verbilligung seiner Produktion angewiesenen Landes maßgebend sein müssen. Die „Germania“ hat kürzlich in den Zolldebatten vom Standpunkt des „Einkaufs“ — „Andererseits“ Stellung genommen. Das Zentrumsblatt schreibt mit Rücksicht auf die deutschnationalen Wünsche: „Vor einem zu starken Nachgeben in dieser Richtung ist das Zentrum gewarnt, da es grundsätzlich die Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz im Sinne einer allgemeinen Herabsetzung des internationalen Zollniveaus begrüßt und gebilligt hat. Das Zentrum muß

darauf bedacht sein, daß seine Zollpolitik nicht der Stellungnahme widerspricht, die die deutschen Delegierten, von deren Führern zwei dem Zentrum angehören, in Genf eingenommen haben. Der Wähler einer Zollpolitik, die Zollpolitik muß unbedingt vermeiden werden, um nicht die deutsche Handelspolitik in den Verdacht der Zweideutigkeit zu bringen.“ — Das ist auch im Sinne der Erklärungen Stresemanns vor dem Wählerbundrat. Nicht nur das Zentrum muß darauf bedacht sein, Zweideutigkeiten zu vermeiden, sondern vor allen Dingen muß das Deutsche Reich und seine Regierung sich darüber klar sein was es politisch und wirtschaftlich bedeutet, wenn die Vertreter der wirtschaftlich verantwortlichen Parteien im Kabinett sich nicht durch die Anwendung wirtschaftlicher und politischer Vernunftsmäßigungen gegen die Zumutungen der Deutschnationalen schützen.

## Die Notwendigkeit des Sperrgesetzes.

Preußen und die Abfindung der Ständesherren.

In der Öffentlichkeit ist durch die Abfindung der Ansprüche des ehemaligen preussischen Königshauses der Eindruck entstanden, als sei damit die Fürstenabfindungsfrage für Preußen geregelt. Das ist nicht der Fall. Von preussischen Gesichtspunkten aus sieht sich die Lage im Gegenteil, wenn das Sperrgesetz nicht verlängert werden sollte, sehr schlimm an, weil zwar mit dem ehemaligen Königshaus ein Abfindungsvertrag geschlossen worden ist, aber die lange Reihe der Landes- und Ständesherren und in ihrem Anhang unzählige Familien des niederen Adels Ansprüche geltend machen. Darüber gibt der „Demokrat

D. D. P. Magdeburg

## Beamten-Versammlung

Freitag, den 1. Juli, abends 8 Uhr findet in der „Freundschaft“ (grüner Saal 1. Etage) Prälatenstraße 32

für die demokratischen Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten und Lehrer eine sehr wichtige Versammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Stimmungsbild über den achten Reichsbeamtenkongress der Deutschen Demokratischen Partei in Darmstadt. Berichterstatter: Rektor Hugo Schmidt.
2. Arbeitsprogramm.
3. Bildung der Sachausschüsse.

tsche Zeitungsdienst“ auf Grund amtlicher Mitteilungen folgende Darstellung:

Sieben Landesherren und 12 Ständesherren stellen Forderungen an den preussischen Staat, die sich auf jährlich zwei Millionen Mark belaufen. Das entspricht kapitalisiert einen Betrag von 50 Millionen Mark. Die unzulässigen Ansprüche der sogenannten „kleinen Herren“ belaufen sich auf weitere 53 Millionen Mark. Da in der öffentlichen Erörterung immer die Abfindungen der bis zur Revolution regierenden Häuser in den Vordergrund gehoben worden sind, wurden diese Ansprüche nur gelegentlich beachtet, obwohl sie für den Staat von großer finanzieller Bedeutung sind. Im preussischen Finanzministerium ist das Material jetzt in umfangreichen Druckschriften bearbeitet worden, jedoch die preussische Regierung für die künftigen Auseinandersetzungen gerüstet ist.

Die preussische Regierung hat bereits im Jahre 1925 mit den Ständesherren verhandelt. Mit den Fürsten von Sellen wurde auch ein Schiedsgericht geschlossen, der vorabsehlich der endgültigen Erledigung durch das Reichsgericht eine vorläufige Anpassung der Renten in Höhe von 45 Prozent vorfiel. Dann wurde die Abfindungsfrage vom Reichstag aufgeworfen und Verhandlungen mit den übrigen Ständesherren, in denen eine 30prozentige Auszahlung der Renten in Aussicht genommen wurde, kam nicht zum Abschluß. Die preussische Staatsregierung ist der Auffassung, daß ohne einen reichsgesetzlichen Eingriff in der Abfindung der Ständesherren keine befriedigende Lösung erzielt werden kann. Sie hat vor längerer Zeit bereits folgenden Beschluß gemacht:

Die Abfindungen sollen vorgenommen werden, indem man das Gesetz zur Abfindung öffentlicher Anseher zur Grundlage macht. Die Jahresrenten sollen mit 20 multipliziert werden. Diese kapitalisierte Rente wäre mit 2 1/2 Prozent zu verzinsen. Der Staat soll aber berechtigt sein, den Gesamtbetrag durch eine Veräußerung der 2 1/2 Prozent abzulösen. Es würde das eine Aufwertung von 12 1/2 Prozent bedeuten. Darüber hinaus ist die preussische Regierung der Auffassung, daß dort, wo es sich um reine Hoheitsrechte handelt, eine entschädigungslose Entgegung eintreten muß.

In der letzten Zeit sind bereits eine Reihe Klagen der kleinen Herren gegen den preussischen Staat eingereicht worden, da das Sperrgesetz sich nicht auf die Abfindung der kleinen Herren bezieht. Die Gerichte sind auf diese Klagen eingegangen. So läuft gegenwärtig eine Klage gegen die Landesherren Wiesbaden. Wird das Sperrgesetz nicht verlängert, dann ist zu erwarten, daß sich eine Fülle von Klagen auf der Landes- und Landesherren gegen den preussischen Staat richten werden. Deshalb wird in Preußen die Auffassung vertreten, daß sich die Reichsregierung unter dem Druck der Tatsachen schließlich einer Verlängerung des Sperrgesetzes doch nicht entziehen kann.

## Wahlkampf in Mecklenburg-Strelitz.

Neun Listen!

Die Wahlperiode des vor 4 Jahren gewählten Mecklenburg-Strelitzer Landtags erlischt Anfang Juli. Am 3. Juli finden infolgedessen Neuwahlen statt; sie werden über das Weiterbestehen der bisherigen Regierung, die von Deutschnationalen und Demokraten gestellt wurde, entscheiden. Die Wahlen von 1923, die mitten im Wahlkampf stattfanden, hatten ein starkes Anwachsen der extremen Parteien gebracht. Von den 35 Mandaten fielen 7 an die Kommunisten und ein weiteres an einen mit den Kommunisten verbundenen Kleinbauernverband, während die Deutschnationalen 3 Mandate erobert formten. Fast ein Drittel des bisherigen Landtags wurde also von Vertretern eingenommen, die demutlich jede Arbeit außer der heiligen heiligen Berufung ablehnen. Zwischen ihnen sind aber die beiden extremen Parteien aus hier ganz zusammenschlossen. Die Sozialdemokratie, die vor 4 Jahren nur die gleiche Mandatszahl wie die Kommunisten erlangt hatte, wird erheblich vergrößert wiederkehren. Die Deutschnationalen, bisher mit 9 Mandaten die stärkste Partei, demütigen sich mit ihrer neuen Kandidatenliste an führenden Stellen nur die Großlandwirtschaft. Ihr Spitzenführer ist der ehemalige Staatssekretär im Reichsernährungsamt und langjährige Oberpräsident von Kormern und Posen, von Weidow. An sich nicht ungenügend qualifiziert der bürgerlichen Mitte sind durch Zersplitterung beeinträchtigt. Die Demokraten hatten die Zusammenfassung aller Mittelgruppen bis zur Deutschen Volkspartei versucht, um den beiden im Lande ganz besonders starken Parteien der Rechten und der Linken eine annähernd gleich starke Gruppe entgegenstellen zu können. Die Deutsche Volkspartei hat diese Absicht verworfen, was ihr im Wahlkampf sicherlich schaden wird. Die Demokraten haben an die Spitze ihrer Liste den berühmten Staatsminister Dr. Gustaf gestellt, der seit 7 Jahren im Amt ist und dem es ganz besonders zu danken ist, wenn auch in der Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen, die vor 4 Jahren notwendig wurde, die Grundzüge demokratischer Politik in der Regierungsarbeit weiter verfolgt werden können. Zweiter Kandidat ist der bisherige Landtagspräsident Gumbach-Neubrandenburg, als Dritter kandidiert Mühlenscheider Behrens-Falkenberg, einer der führenden Männer der deutschen Milchwirtschaft. Diese ausgezeichnete Liste hat den Bund für Handel und Gewerbe und den Verband der Hausbesitzer aber nicht abgehalten, mit je einer selbstständigen Liste vorzugehen, so daß die mecklenburgischen Wähler am 3. Juli die Auswahl zwischen 9 Listen haben werden.

## Politische Notizen.

Die Pommerische Bauernschaft in Köslin.

In den letzten Monaten hat die fortschrittliche Bauernbewegung in Pommern sich immer mehr ausgedehnt. Die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und die Großgrundbesitzer im Landbund hatten freilich alles mögliche getan, um die Öffentlichkeit auf die neue Bewegung durch heftige und unbedingte persönliche Angriffe aufmerksam zu machen. Und so haben sich in letzter Zeit ganze Ortsgruppen des Landbundes der Pommerischen Bauernschaft angeschlossen. Eine Verammlung der Pommerischen Bauernschaft in Köslin sollte der Öffentlichkeit beweisen, ob der Landbund in Hinterzimmern noch Anhänger hat. 600 Bauern waren erschienen, die den Vorträgen des Pommerischen Bauernführers Dr. Wolfgang und Bauernhofbesizers Marix aus Grifow höchsten Beifall zollten. Dagegen fanden die Vertreter des Landbundes, der Kösliner Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei und der Herr von Gerlach-Parlow, der sich dadurch einen gewissen Namen gemacht hat, weil er bei einem Grundbesitz von 18 200 Morgen noch nicht einen roten Pfennig Einkommensteuer bezahlt, wenig Anhang. Demgegenüber wurden die demokratischen Parlamentarier freundlich begrüßt. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst L e m m e r und der preussische Landtagsabgeordnete Ernst L e i n e festeten die Grundlinien der demokratischen Bauern- und Siedlungspolitik auseinander und fanden dafür die volle Zustimmung und den reichen Beifall der Versammlung. Die Verammlung sagte eine Entschädigung, die sich insbesondere für eine tatkräftige Förderung der Siedlung und Anliegerlieferung, sowie für die Verlängerung der Pächtergesetzgebung einsetzt.

Austritt aus der deutschnationalen Volkspartei.

Alfo schreibt die „Deutsche Zeitung“: „Der frühere deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Alfred Roth hat seinen Austritt aus der D. N. B. P. erklärt. Er begründet den Austritt damit, daß die Verführung der Partei in die Gespinnstspinnerei des nachrevolutionären parlamen-

karischen Systems nachgerade soweit fortgeschritten sei, daß die Partei aufgeführt habe, eine selbständige Trägerin des deutschen Erneuerungswillens zu sein.

### Nationalistische Kucheleier.

Am Sonntag, den 19. Juni, nachmittags wurden am Bahnhof Rahnisdorf bei Berlin 17 Mitglieder der nationalsozialistischen Arbeiterpartei festgenommen, weil sie schwere Knüttel bei sich trugen und in einem Lokal am Bahnhof Rahnisdorf die Gäste belästigten.

## Beamtenfragen.

### Junglehrerhilfe in Bremen und Bremerhaven.

Eine vorbildliche Junglehrerhilfe ist seit einiger Zeit in Bremerhaven eingerichtet worden und die Stadt Bremen hat sich dieser Hilfe jetzt angeschlossen. Der Bremer Senat hat acht Junglehrerinnen übernommen und zwei Junglehrer fanden eine Anstellung. Alle sind an der Schule wenigstens mit acht Stunden tätig. Diese Hilfe dauert in Bremerhaven solange, bis die Junglehrer zum ordentlichen Lehrberuf überführt werden. Die Bremerhavener Hilfsmaßnahme unterscheidet sich von dem Bremer Hilfssystem dadurch, daß sie den Betroffenen keinerlei Aussicht auf eine Anstellung macht, jederzeit widerrufbar und eine geldliche Beihilfe ist. Die Bremerhavener Fürsorge verpflichtet die Junglehrerhilfe, wöchentlich acht Stunden vertretungsweise zu geben oder Gest einer Schulklasse zu sein.

### Mittlere Beamte als Rechtspfleger.

Der preussische Justizminister hat dem Landtag eine Nachweisung der in der preussischen Justizverwaltung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften als Rechtspfleger beschäftigten Beamten des mittleren Dienstes vorgelegt. Nach dieser Uebersicht sind in Preußen 3461 mittlere Beamte als Rechtspfleger tätig. Die meisten Rechtspfleger sind im Kammergerichtsbezirk Berlin tätig (664); es folgen dann der Oberlandesgerichtsbezirk Breslau (510) und der Oberlandesgerichtsbezirk Hamm mit 421 mittleren Beamten als Rechtspfleger.

## Parteinachrichten

### Demokratische Frauentagung.

Im Rahmen der Mitteldeutschen Frauenwooch hatten auch die demokratischen Frauen eine besondere Tagung, die sich sehr starker Teilnahme erfreute; sogar Parteifreundinnen aus Hamburg und Halle (Saale) waren zu dieser Tagung erschienen.

Die demokratische Hauptvertrauensfrau unseres Wahlkreises, Frau Rektorin Behrens, leitete die Tagung mit einer herzlichen Begrüßungsansprache ein. Fräulein Gertrud Wittfoß, die Geschäftsführerin des Reichsfrauenausschusses der D. D. P., überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes der Reichspartei und des Reichsfrauenausschusses im besonderen.

Die Tagung hatte sich das Thema „Jugendnot — Frauenaufgabe“ zur Behandlung gestellt. Nachdem Frau Lehrer Baake vorzüglich gelungene Rindeslieder gebracht hatte, die mit warmem Beifall aufgenommen wurden, sprach Fräulein Wittfoß in Vertretung für Frau Abg. Dönhoff einleitend zum Thema der Tagung. Sie beehrte mit wenigen Sätzen das, was heute unter Jugendnot zu verstehen ist und welches ihre Ursachen sind. Der Krieg mit dem Endresultat neuen Materialismus, führte die Jugend zu einer Art Gegenüber allem Gesehenen, die beiderseitig ist. Diese Gegenüber kann nicht überwunden werden durch die Beteiligung an Wahr-

verbänden mit Radauchelndem oder in übertriebenen falschen Pazifismus. Es muß ganz klar die Aufgabe herausgestellt werden, daß die Gedanken der „Friedfertigkeit und der Wahrhaftigkeit“ bei unserer Jugend zu einer gewissen Parallele gebracht werden. Zum Schluß forderte Fräulein Wittfoß eindringlich und klar die Mitarbeit aller Frauen an der Beseitigung dieser Not.

Anschließend hieran gab Fräulein Wittfoß Berlin in einem vorzüglich gehaltenen Referat Beispiele aus tatsächlicher Jugendnot und wies die Frauen darauf hin, wie sie im Rahmen der heutigen Gesetzgebung der Jugend aus ihrer Not helfen können. Die Gesetze seien zum großen Teil Ausdruck positiver Frauenarbeit, die aber kaum in dem Umfang Wirklichkeit geworden wären, ohne die sachliche Mitarbeit unserer Parlamentarierinnen. Aufgabe aller Frauen sei es, die bestehenden Gesetze zur Durchführung und zum Leben zu verhelfen, durch Mitar-

geordneten Dr. Böhner, worin dieser der Tagung einen guten Verlauf wünschte und bedauerte, daß er nicht selbst anwesend sein könne und schloß mit einem guten Schlußwort die Tagung.

### Sigung des Demokratischen Parteivorstandes.

Am letzten Dienstag trat der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei im Reichstag zusammen. Der Vorstand wählte, nachdem der Parteitag zum ersten Vorsitzenden den Reichsminister a. D. Koch und als zweiten Vorsitzenden den Reichstagsabgeordneten Erbeling gewählt hatte, zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Reichsminister Dr. Frantfurter, zum dritten stellvertretenden Reichsminister Dr. Leon Zeitlin-Berlin. Dem Vorstand kooperiert wurden die Herren Georg Bernhard, Dr. Karbe, Krell-Magdeburg, Kemmer, Dr. Stolper, Major Hauff, Finanzminister Dr. Höpfer-Wichoff, Ministerpräsident a. D. Tarnow, Minister a. D. Reichstagsabgeordneter Rönneburg, Dr. Paul Kemper. Ferner wurde zur Unterstützung der beiden Schatzmeister Dr. Fischer und Dr. Zeitlin ein Finanzausschuß gewählt.

Es wurde alsdann ein Ausschuß zur Frage des Einheitspartei eingeleitet mit folgenden Herren: Reichsminister a. D. Koch, Finanzminister Dr. Höpfer-Wichoff, Bürgermeister Peterlen-Hamburg, Privatdozent Nominen-Göttingen, Fräulein Württemberg, Oberbürgermeister Luppe, Gehobener Professor Dr. Apelt, Minister a. D. Rühl, Ministerpräsident Dr. Fischer, Oberbürgermeister Alweg, als Schriftführer des Ausschusses Hans Hellmuth Preuß.

Der Vorstand verabschiedete dann das Agrarprogramm mit einigen Ergänzungen und ebenfalls das Beamtenprogramm. Am Nachmittag trat der Vorstand in einer umfassenden Ansprache der Politik der Partei ein.

### Die Annahme des demokratischen Bauernprogramms.

Der Reichsparteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei, der das demokratische Bauernprogramm zu endgültiger Annahme brachte, hat durch einige redaktionelle Abänderungen Ergänzungen vorgenommen, die in Einklang mit dem Beschlusse des Parteitages in Hamburg an der Tendenz des Programms zur Bauernpolitik nichts ändern. In einem Abfah ist der in der Kandidatenschaft tätigen Beamten und Angestellten gedacht. Der Abfah lautet:

„Entsprechend der hohen Verantwortung der in der Kandidatenschaft tätigen Beamten und Angestellten wird die Deutsche Demokratische Partei Förderung und Unterstützung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage angelegen sein lassen. Den sachlich vorgebildeten Beamten muß auch in der öffentlichen Verwaltung gebührender Einfluß eingeräumt werden.“

Hinsichtlich der Verlehrsunternehmungen auf dem Lande ist noch eingeleitet worden, daß das Postgeheim auf dem Lande unter allen Umständen sicherzustellen ist. Diese Forderung ist sehr wichtig, um dem Bauern auf wirklich den Weg zur öffentlichen Betätigung frei zu machen.

In dem Abfah, in dem für Ergänzungen bürgerlich und gärtnerischer Beredlungsarbeit ausreichender Joseph verlangt wird, werden folgende Einzelzeugnisse besonders genannt: Vieh, Viehprodukte, Gedaßel, Gemüß, Obst, Wein, Handelsgewächse. Ferner ist durch Befehl d. Regierung festgelegt worden, daß Verträge zur Verwertung von Rindvieh und zur Züchtung hochwertiger Saatgutes durch Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Vereins- und Genossenschaftswesens mit Staatshilfe ermöglicht werden sollen.

Bei der Behandlung der allgemeinen Fragen d. Agrarpolitik wird gesagt: „Die Bedeutung des Gießereibes braucht nicht verkannt zu werden, aber das Bauer-

## Deutsche Demokratische Partei Bezirksverband Magdeburg-Anhalt

### Wir bitten zu beachten:

Einzelmitglieder und Vertrauensmänner, die keiner Ortsgruppe und keinem Kreisverein angehören, zahlen einen Beitrag von vierteljährlich M. 1.— an den Bezirksverband.

Die Ortsgruppen mit Ausnahme des Unterbezirks Harz, des Landesverbandes Anhalt und der Ortsgruppe Magdeburg zahlen pro Mitglied an den Bezirksverband einen Beitrag von 15 Pf., vierteljährlich und den gleichen Beitrag für die Reichsgeschäftsstelle in Berlin.

Die verbundenen Kreisvereine Unterbezirks Harz, Landesverband Anhalt und Ortsgruppe Magdeburg zahlen für jedes Mitglied an den Bezirksverband vierteljährlich 10 Pf. und an die Reichsgeschäftsstelle in Berlin 15 Pf.

Jedes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei ist verpflichtet, für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation bemüht zu sein.

Werbeanzeigen sind stets den zuständigen Geschäftsstellen zu übermitteln und zwar für den Unterbezirk Harz nach Halberstadt, Postplan 22, für den Landesverband Anhalt nach Dessau, Rochsieder Str. 4 und für alle übrigen Bezirke an die Geschäftsstelle in Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Die Anzeigen der gewonnenen Vertrauensmänner oder stillen Mitarbeiter aus den einzelnen Orten sind stets der Bezirksgeschäftsstelle bekannt zu geben.

Allen Demokraten wird es zur Pflicht gemacht, sich für die Verbreitung der „Mitteldeutschen Rundschau“ zu bemühen.

Alle Veranstaltungen sind möglichst frühzeitig in der „M. P.“ bekanntzugeben und über den Verlauf dieser Veranstaltungen kurze Berichte einzusenden.

beiden an Jugendämtern, durch Übernahme einer Vormundschaft und anderes mehr. Unerlässlich dazu ist auch eine bewusste eigene Teilnahme an allen Fragen des Volks- und Völkerebens. Starker Beifall gab beiden Rednerinnen den Dank der Teilnehmerinnen. Ueber beide Referate entwickelte sich eine gute Diskussion. Frau Rektorin Behrens verlas noch einen Brief unseres Landtags-

## Schreibt Landagitation.

Von Rudolf Lausich.

Es ist ein festschender Lehratz im Reichsismus der Organisationskunst, daß auf die Dauer nur derjenige Erfolg bei den Wahlen erzielen kann, der intensiv außerhalb der eigentlichen Wahlkreise arbeitet. Das gilt besonders für eine Mittelpartei wie die unsrige, die nicht über eine ausgebreitete Propaganda verfügt. Deren Mangel infolge ihrer Herkunft aus den verschiedensten Berufsständen organisatorisch sehr schwer erfaßbar sind und deren Bekleid im Gegensatz zu der berufständigen Einstellung anderer Parteien rechts und links auf Ständebanden und auf Ausdehnung nach innen wie nach außen beruht. Diese und andere Schwierigkeiten stehen der demokratischen Parteiarbeit hemmend im Wege; sie zu überwinden, erfordert eine aus Bealismus und Opfermut geborene unermüdbare Kleinarbeit und der lebendige Wille zur Macht, ohne den sich eine politische Partei nicht zu behaupten vermag.

Auf dem Lande sind die Geminnisse für demokratische Organisationsarbeit besonders groß. Abgesehen davon, daß hier fast nur die ausgesprochenen Wintermonate, in denen die Feldarbeit ruht, benutzt werden können, ist die der bäuerlichen Winge angepaßte Form der Aufführungsarbeit entscheidend für den Erfolg der Aufführungsarbeit. Selten, vielleicht noch nie, sind die Voraussetzungen für die Gewinnung der bäuerlichen Bevölkerung für die Partei so günstig gewesen wie jetzt. Die völlig einseitig ungenutzten des Großgrundbesitzes eingestellte Wirtschaft- und Steuerpolitik des Landbundes, der Zusammenbruch seiner untaufnimmend geleiteten Wirtschaftsunternehmungen hat vielen die Augen geöffnet; die Abwanderung des Gros der Landbundsangehörigen in das Lager der erstarrenden freiwirtschaftlichen Bauernbewegung jetzt ein, das Bauerntum beunruhigt sich loszulassen von der unmaßstäblichen Führung durch die Junker. Das ist der gegebene Moment für uns, diese Kreise, die ihrer inneren Struktur nach demokratisch sind und zu uns gehören, dauernd für uns zu gewinnen. Man soll in der Politik nie auf Dankbarkeit rechnen. Aber wenn es gerechtfertigt wäre, auf Anerkennung und dankbare Zustimmung zu rechnen, dann hier bei der Arbeit unserer Partei für ein freies und starkes

### Bauerntum, bei unserem Kampf um Siedlung und Pachtguth.

und um eine gerechte Besteuerung! Wir haben auch als erste bürgerliche Partei ein Bauernprogramm geschaffen, das der deutschen Agrarpolitik neue Ziele weist und die Zustimmung der großen bäuerlichen Organisationsgruppen gefunden hat. Mit diesem Programm wollen wir aufs Land hinausgehen und werden um die Seele des deutschen Bauern. Unsere Freunde in der Provinz sind vielfach mild geworden in den acht Jahren des Kampfes, seitdem uns die Republik gekommen. Die Kleinarbeit auf dem Lande, das A und O jeder Organisation, ist sträflich vernachlässigt worden. Das muß wieder anders werden! In anderthalb Jahren finden die Wahlen statt, die entscheidend sein werden für die innere Ausgestaltung der Republik. Und wenn unsere Demokratische Partei vertritt aus diesem schweren Wahlkampf in die Parlamente einziehen soll, dann müssen ihr ihre natürlichen Rekruten zugeführt werden. Und diese Rekruten sind die Maffen des deutschen Bauerntums! Daher jetzt an die Arbeit, nicht erst 6 Minuten vor den Wahlen anfangen, was alles untergeht in der Fülle des Bewusstseins. 1000 M. jetzt in die Landagitation gesetzt, bedeuten ebensowohl im Wahlkampf wie 5000 M. kurz vor den Wahlen. Also die Zeit nutzen, ehe es zu spät ist. Was ist nun zu tun? Nur einige Hinweise:

1. Baut das Netz der Vertrauensleute auf dem Lande aus! Ein gut funktionierendes Vertrauensleute-System ist unentbehrlich für das Gelingen jeder Wahl! Welche große Bedeutung hier noch auszufüllen sind, weiß jeder Organisationsleiter. Sollte es nicht möglich sein, bei uns in kleinen Dörfern, was 3. B. bei den Sozialdemokraten selbstverständliche Pflicht ist? Nämlich, daß sich Sonntag ab und zu ein paar Parteifreunde in den Kreisräumen auf Reden und auf die Dörfer fahren und dort Vertrauensleute aussuchen? Diese Arbeit kann nicht dem grünen Tisch aus erledigt werden und verlangt Opfer von einzelnen, aber sie ist bitter nötig und muß geschehen. Und bald geschehen! Behalten auch die Führung mit den vorhandenen Vertrauensleuten! Es ist in ihnen nicht das Gefühl aufzunehmen, daß sie einmal auf verlorenem Posten stehen. Versorgt sie mit Material, damit sie das Küstigen gegen die Angriffe der Gegner haben. Die Reichsgeschäftsstelle kann

das nicht allein tun, das ist Sache der Wahlkreise- und Kreisverbände.

2. Mit Versammlungen allein ist nichts getan. D. Lehren auch die Wahlenbürger Wachen, wo die Versammlungen schloß, besetzt, die Wahlbestellung aber trotz harter Arbeit. Die Geleite der bisherigen Wahlpropaganda auszusparen, neue Wege müssen gefunden werden, um an Wähler heranzukommen. Hierzu gehört die Bearbeitung d. bäuerlichen Bevölkerung mit individuellen Werbetriebe! Diese Propaganda ist nicht ganz billig, aber sie ist mirlich beim nächsten Wahlkampf neben der Freie vielleicht all wirksam. Daher — zum hundertsten Male sei es wiederholt — sammelt das Adressenmaterial, legt Karteikchen an. W. ist es Zeit! Wer Wachen vor den Wahlen wird es zu sein.

3. Hinzu in die bäuerlichen Berufsorganisationen! Nicht, sie zu politisieren, aber gerade um ihre Politisierung zu verhindern. Sorgt aber dafür, daß in diesen Organisationen die sachliche Arbeit unserer Partei für das Bauerntum kann wird.

4. Unsere Parteibeamten in den agrarischen Bezirken soll sich in den Fällen, in denen es noch nicht geschehen ist, ernsthaft mit den geistlichen Grundlagen des Siedlungswekens, des Pachtguthes, nicht zuletzt auch des Genossenschaftswesens befassen, um in diese Dingen unseren landlich Parteifreunden, aber nicht nur solchen, beratend zur Seite stehen zu können. In keine Fälle, in denen Parteibeamten mit großem Erfolg in ländlichen Bezirken reguläre Stunden abgeben haben. Aus solcher sachlichen Arbeit E großer Nutzen für die Partei erzipieren. Voraussetzung allerdings wirkliche Beherrschung der in Frage kommenden Materie.

Mit diesen Hinweisen sei's genug für heute. Sie enthalten nichts Unmögliches, nichts, was nicht bei gutem Willen und einigem Opfermut geleistet werden könnte. Möchten unsere Freunde in der Provinz der Verantwortung, die ihnen ruht, bewußt sein, möchten sie die Gunst der Stunde kennen und mitteilen, unsere Demokratische Partei zur großen deutschen Bauernpartei auszugestalten. Die Parole heißt: Auf's Land!

**Deutschlands wirtschaftliche Lage.**

Die Deutsche Demokratische Partei hielt am letzten Sonntag eine politische Aussprache ab, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Raschig-Ludwigshafen a. Rhein über „Wirtschaftsfragen“ sprach. Er führte etwa folgendes aus: Die deutsche Wirtschaft sei mit dem einzelnen Menschen zu betrachten, man könne nicht mehr ausgeben, als einnehmen. An Hand der Handelsbilanz, die schon vor dem Kriege passiv war, stellte Redner allgemeine Betrachtungen auf. Eine passive Handelsbilanz wäre ein bedrohliches Zeichen. Vor dem Kriege hatten wir beträchtliche Gewinne aus dem Großexport, Exportüberschüsse usw. zu verzeichnen, während wir diese Einnahmen nur noch zum ganz kleinen Teil haben. Da die Nachkriegszeit, besonders die Inflationszeit, nur ungesichertes Zahlungsmittel gebracht hat, könne man erst vom Jahre 1924 von einer Wirtschaftslage sprechen. In der Inflationszeit hätten wir vom Ausland gelebt. Das Jahr 1928 habe, im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren, einen Aufschwung des Exportes und einen Ausgleich der Handelsbilanz durch Ausnutzung des englischen Bergarbeiterstreikes gebracht. In diesem Jahre, besonders in den letzten beiden Monaten, sei die Bilanz bedeutend passiv gewesen. In den vier ersten Monaten hat der Wert der Einfuhr nach Deutschland den Wert der Ausfuhr wieder um 1,1 Milliarden überstiegen, ein recht bedenkliches Zeichen. Das Defizit könne man nicht denken, da wir vom Ausland mit Anleihen reichlich versehen seien. Erstreckungsmäßig habe das Ausland großes Vertrauen zu unserer Zahlungsfähigkeit, was mit einem heiteren und einem trüblichen Auge zu begreifen sei. Je mehr fremdes Geld nach Deutschland komme, umso größer sei das Interesse des Auslandes für Deutschlands Wohlergehen. Auf der anderen Seite müssen wir einen hohen Zinsendienst für diese Anleihen leisten. Belastungen für die deutsche Wirtschaft und Handelsbilanz wirken die Daweslasten von 2,5 Milliarden. Um eine passive Handelsbilanz und eine Deckung für unsere Verpflichtungen herbeizuführen, müßte die Ausfuhr auf 13,5 Milliarden steigen. Anzeigen hierfür seien aber nicht vorhanden. Reparationszahlungen in der festgelegten Höhe können

seinem letzten Bericht über den Finanzausgleich der Lapp-der getan hat.  
Nur durch einen Uebergang vom Import zum Export, durch Selbstbedeckung an landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, durch Fortschritte auf dem Textilmarkt, unbedingte Zollfreiheit, Zusammenarbeit und Schulung der geistigen und technischen Struktur, sei es möglich, unser tieferschützeltes Vaterland wieder emporzubringen. Das Problem der zunehmenden Goldentwertung, welches der Redner am Schluß seiner Ausführungen behandelte, sei eine Entlastung für uns, jedoch könne man keine festen Schlüsse ziehen, da internationale Konflikte hierauf bedeutenden Einfluß haben. In der sich anschließenden Aussprache, an der sich die Herren Stadtm. Dürre, Regierungsrat Pautsch, Stadtm. Schüler und Dr. Färdie beteiligten, wurde die Frage der landwirtschaftlichen Schulung, besonders des Fortbildungsschulwesens, sowie der Abschluß der Handelsverträge, im Rahmen des Genfer Beschlusses, und die kommenden Zollverhandlungen besprochen. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Der Leiter der Versammlung, Herr Konreiter Semming, wies darauf hin, daß am Freitag, den 1. Juli, eine demokratische Beamtensammlung stattfindet.

Die Stadtteilgruppe Alte Neuhaub-Nordfront hielt am vergangenen Dienstag im Kaffee der „Nationalfesthalle“ eine Versammlung ab, in der Magistratsrat Kurth über die bevorstehenden Änderungen des Aufwertungsgesetzes sprach. Seinen Ausführungen legte er einen Gesekentwurf der Regierung zugrunde, für den man noch keine Schlüsse auf die endgültige Fassung machen könne, da dieser Entwurf im Reichstag noch manche Änderungen erfahren dürfte. Redner behandelte Streitverfahren zwischen dem persönlichen Schuldner oder dem Grundstücks-eigentümer bei dem Antrag des Hypothekengläubigers auf 25prozentige Aufwertung. Gelingt es dem Schuldner einen Nachweis über seine wirtschaftliche Notlage zu bringen, so kann eine Minderndung bis zu 15 Prozent eintreten. Der neue Gesekentwurf bringe Milderung bei der Herabsetzung des Aufwertungsbeitrages, indem die differenzierende Summe in eine Grundschuld werden soll. Das Herabsetzen des Gläubigers soll auf den Inflationsfaktor erweitert werden. Bei der Verzinsung liege eine unbillige Härte darin, daß bis zur Beendigung des Goldwiederwertverfahrens bei Aufwertung infolge Rückwirkung die Zinszahlung ausgesetzt sei. Im neuen Aufwertungsgesetz wird der Versuch gemacht, alle Härten zu mildern. Im Anschluß an das vom Redner in leicht faßlicher Form gehaltene Referat entwickelte sich eine sehr ergiebige Aussprache, von Vertretern der Aufwertungsparthei getragen. Vorschläge und Redner verstanden es, in feiner, sachlicher Art jede gewinnliche Aufklärung zu geben.

Die Kreisynode Magdeburg sah auf ihrer Tagung folgende Entschliessung: Die Kreisynode Magdeburg bekennt wiederholt ihren Willen zur völligen politischen Neutralität. Mit gleichem Nachdruck bekämpft sie, daß die evangelische Kirche eine waterländische Pflicht zu erfüllen hat. Sie hat die Aufgabe, mit den ihr durch die

**Wieviel neue Mitglieder haben Sie in diesem Jahre schon für die Deutsche Demokratische Partei gewonnen?**

wir nicht aufbringen, notwendig sei es deshalb, mit dem Ausland zu verhandeln. Von Erfolg gekrönte Verhandlungen könne man nur dann führen, wenn die Finanzpolitik Deutschlands nicht unangenehm betrieben wird; sonst könne der Vertreter der Daweskommission in lernen Bereichen auf unsere Finanzpolitik hinweisen, wie er es in

ist der Quell, aus dem die Kräfte fließen, die die Arbeit in den jüdischen Hofstand des Volkes, das wirtschaftliche Gedächtnis und das politische Gleichgewicht im jüdischen Volk gewahrt haben.“ Deshalb wird weitestgehende Umwandlung von Großbetrieben in Bauernstellen Gärtnereibetriebe verlangt.

**Reichsorganisations-tagung der D. D. P.**

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei beschloß in seiner letzten Sitzung, Mitte Septem eine Reichsorganisations-tagung abzuhalten, auf der Reichstagsfraktion mit den Vorsitzenden der Wahlverbände und den Parteibeamteten zusammenkommen. Im Anschluß daran soll ein organisatorischer und stofflicher Schulungskurs stattfinden.

**Ein demokratischer Bürgermeister.**

Der Rechtsanwält und Stadtverordnetenordner Dr. W. Weigel, im letzten Landtag Mitglied demokratischer Fraktion, ist zum Bürgermeister von Wechel gewählt worden.

für die Bearbeitung des Bowling- und Sportsteils für die Mitarbeit im lokalen Teil wird ein unversetzter Redakteur

sch, der sicherer Stenograph sein muß. Ausführliche Verhandlungen mit Lichtbild (keine Stillproben) und Ansehen des früheren Eintrittstermins erbeten an den Verleger des „Fritsker Morgen-Blattes“.

**Bezirk Magdeburg. Versammlungen der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.**

Geschäftsführender Ausschuß: Montag, den 27. Juni, abds 7½ Uhr in den „Alstädter-Bürgerkäfen“, Apfelstraße 9 (Müchzimmer).

Stammklub: Dienstag, den 28. Juni, abds 8 Uhr in der „Weiße Bär“, Weinstraße 6. Erwünscht ist tatbeteiligung.

Demokratische Jugend: Sonntag, den 26. Juni, 7,15 Uhr, Wanderung nach der Quickbornquelle. Treffen: Alter Markt. Rückfahrt mit dem Dampfer.

Beamtensammlung. Eine sehr wichtige Beamtensammlung findet mit Rücksicht auf die Besetzung der Freitag, den 1. Juli, abds 8 Uhr in der „Freunde“ (grüner Saal 1. Etage), Prälatenstr. 32, statt. Demokratischen Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten Lehrer sind zu dieser Versammlung eingeladen. Gungsfreunde willkommen.

**Nordamerika als Touristenziel.**

Das vergangene Jahrzehnt hat das Interesse Europa für die Vereinigten Staaten von Amerika wesentlich erhöht. Die Zahl derjenigen, die das Land aus eigener Anschauung kennen wollen, vermehrt sich stetig auf einem Gebiete von gewaltiger Ausdehnung, das

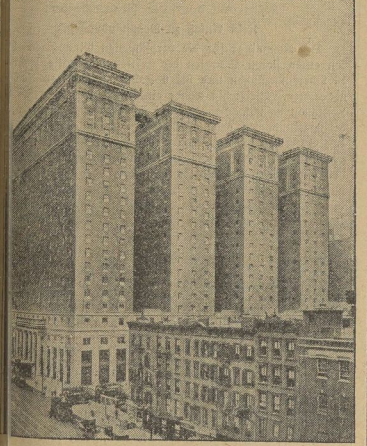
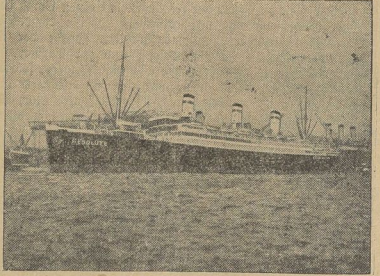


Photo: Pennsylvania-Hotel in New York, eines der größten Hotels der Welt

mal so groß ist wie das Deutsche Reich, bieten die einzigen Staaten dem Besucher eine Mannigfaltigkeit geographischer, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse, wie sie kaum irgendwo anders Land aufzuweisen. Nicht nur der Industrielle und Kaufmann, auch der Pensionär, der Landwirt und weiter der Sportsmann Bergnützungstouristen finden reichlich Gelegenheit, es und Wertvolles zu sehen. Tugendweine Strapazen eine Studententouristen finden reichlich Gelegenheit zu. Schon die Seereise auf einem der großr mo-

demer Dampfer der Hamburg-Amerika Linie gewährt Ausspannung und Erholung. Während des Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten steht die Hamburg-Amerika Linie mit ihren dortigen Vertretungen u. ihren vielen Verbindungen dem Reisenden jederzeit zur Verfügung. Deutsche Touristen werden in Amerika überall mit Herzlichkeit und Zuverlässigkeit aufgenommen. Reichlich kommen die großen Reedereien, welche den Passagierverkehr zwischen Nordamerika und Europa durchführen, diesem Reiseverkehr auf das weitgehendste entgegen. Vor mehr als



D. 'Reposite' der Hamburg-Amerika Linie

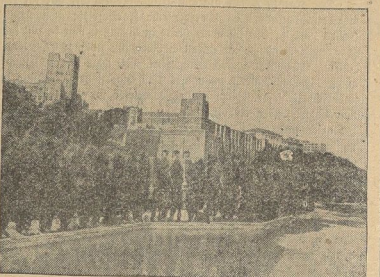


Photo: New York Central Hotel Die bekannte amerikanische Militärschule Westpoint am Hudson

Jahresfrist wurden auf Anregung der Sanag Rundreisefahrten 3. Klasse zu wesentlich ermäßigten Preisen eingeführt. Dabei ist in keiner Weise notwendig, sich irgend-einer großen Gesellschaft anzuschließen, um in den Genuss dieses verbilligten Passagierpreises zu gelangen. Die Hamburg-Amerika Linie gibt für ihre sämtlichen, im Dienste Hamburg-Newyork bzw. Hamburg-Boston verkehrenden Dampfer („Albert Ballin“, „Deutschland“, „Hamburg“,



Photo: Chicago Hotel of Commerce Wolkenkrager in Chicago, Wolkenhaus und Turmhaus der Chicago Tribune

„Newyork“, „Reposite“, „Meliance“, „Cleveland“, „Westphalia“ und „Virginia“) die erwähnten Rundreisefahrten, die 12 Monate Gültigkeit haben, aus. Der Tourist findet auf den Dampfern bei Benutzung der 3. Klasse neben den für zwei und vier Personen eingerichteten Kabinen ein geräumiges Promenadendeck, Speisesaal, Rauch- und Damenzimmer, Bordkasspieltische und reichlich Gelegenheit zu Tanz, Spiel, Sport und sonstigen Unterhaltungen.





# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 70 Pfennig monatlich, jährlich 7 Mark. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Briefträger und die Verlagsstelle (Verlag, Dr. Straußhausstraße 30, Leipzig, höhere Oranall- und Straßebureau) entgegen den Verlags- oder die Postverwaltung für Deutschland und Ausland.

Anzeigenpreis: Für die Jahrgangspostzeit (Mittwoch- und Freitag) im Reichsgebiet 1 Mark. — Anzeigenpreise durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Leipzig, Dr. Straußhausstraße 30, Verlags-Druckerei der Deutschen Demokratischen Partei, Leipzig, Dr. Straußhausstraße 30. E. d. r. i. e. l. e. i. t. a. n. g.: Halle (Saale), Dr. Straußhausstraße 30, Telephon Nr. 1277.

Nummer 26

Halle (S.) 25. Juni 1927

3. Jahrgang

## Die Locarno-Krise.

Die große Aussprache im Reichstag — Die deutsch-französischen Beziehungen — Rhein und Lac Leman — Was die Deutschnationalen alles ertragen können — Dank an Stresemann — Eine feine Nuancierung — Keine neue Politik — Beseitigung der Kriegsgefahr — Die eigentliche Bedeutung der Sonntage — Deutschlands gefestigte Stellung — Poincarés Sonntagspredigt — Unberechtigte Vorwürfe — Intrige gegen Briand — Interpellation in der Pariser Kammer — Das neue Strafgesetzbuch — Die Vertrauenskrise der Justiz — Der Kampf um die Zölle — Der Verfassungsfeiertag der Republik — Das deutschnationale Sündenregister.

Jedenfalls ist jetzt das Wort Locarno-Krise gefallen und dürfte in der großen Aussprache des Reichstages häufig genug wiederholt werden. Gerade wer die Verständigungspolitik mit allen Kräften zu fördern verläuft, wird erst recht eine feste Stütze in den Verhandlungen unterzeichnen müssen, um nicht durch Illusionen den Gang der Entschädigung zu erschweren. Je fester und eindeutiger die tatsächliche Lage dargestellt wird, umso eher ist auch eine Besserung möglich. Nicht auf Opposition gegen die jetzige Reichsregierung, wie einzelne Blätter und Amtsunterstützte, sondern in der nächsten Erwägung, daß gerade wir, die wir nicht nur die Verständigungspolitik unterstützen, sondern sie von anderen gemacht wurde, sondern ihre eigentlichen Urheber sind, müssen den Franzosen mit aller Bestimmtheit erklären, daß wir uns den Geist von Locarno weniger leicht verflüchtigen lassen wollen als die Franzosen. Wir wünschen nicht, daß auf viele Jahre empörend ist. Wir wünschen nicht, daß eines Tages die Gefahr entsteht, daß das deutsche Volk Locarno müde wird, und zwar in einem Augenblick, wo man jenseits der Alpen vielleicht sich gerade wieder zu dieser Politik bekennt. Es ist zweifellos richtig, daß Genf an sich mit den deutsch-französischen Beziehungen nichts zu tun hat, und daß die Verhandlungen über Truppenverminderung und Abwehrdämmung zwischen den sechs Mächten ebenso gut an einem anderen Orte hätten stattfinden können. Das wäre auch jetzt noch möglich. Nur soll man nicht übersehen, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Zusammenhang mit dem Garantiepakt und als eine seiner Bedingungen erfolgt ist. Deutschland hat gewaltige Opfer gebracht, für die ihm feste Zusicherungen als Gegenleistung dargebracht wurden. Diese Zusicherungen aber sind bisher nicht durchgeführt worden, und man hat während der letzten Tagung am Lac Leman nicht den Eindruck gewonnen, daß Herr Briand stark genug ist, das was ihm richtig erscheint gegen die widerstrebenden Elemente im Kabinett Poincaré durchzusetzen.

Es ist außerordentlich beruhigend, welche Summe von Mißerfolgen die deutschnationale Partei ertragen kann, solange sie in der Opposition stand, waren sie von einer immensen Empfindlichkeit und schämten vor ständlicher Entrüstung, wenn nicht alle Blüthen träume reifen. Wäre Stresemann vor der letzten Kabinettsbildung heimgekehrt, ohne irgend etwas Politisches für Deutschland erreicht zu haben, so wäre ihm ein Mißtrauensantrag des Grafen Wolfart sicher gewesen. Diesmal aber: Ueber allen Dingen ist klar, nur in der Deutschen Zeitung, die mit der eigenen Partei nicht einverstanden ist, läßt es gewaltig. Einige kleine Änderungen der Wahrheit verstärken noch angenehmen Eindruck. Auch die Blätter des Herrn Hugenberg sind nicht sonderlich zufrieden, aber sie denken gar nicht daran, den Rücktritt der Regierung zu fordern, was es damals der Fall war, als am heftigsten Beto der deutsche Eintritt in den Völkerbund zunächst scheiterte. Das selbst auf ein viel lauterer Echo in der Parteipresse legten wir keinen Wert. Entscheidend bleibt die Haltung der Kabinettsmitglieder, und die haben dem Reichsausschuss gegenüber freundlich für seine Bemühungen gedankt. Nicht gebilligt, nicht zugestimmt, was es sonst der Fall ist, aber immerhin den rechten Willen dankend anerkannt. Der Unterschied ist beträchtlich. Trotzdem steigt die Uebernahme einer gewissen Verantwortung durch das Kabinett Marx bereits vor.

Die Regierungsparteien haben eine gemeinsame Interpellation eingebracht, deren Verantwortung wohl von vornherein schon im Vorlauf festlag. Es wird einigen Verlesung geben, aber von Brandung ist ernstlich nicht die Rede, kein Schiffbruch erfolgt. Und das mit gutem Grunde. Ein Wandel in der deutschen Politik ist gar nicht erforderlich und ist auch gar nicht denkbar. Sollten wir uns nach Osten orientieren? Selbst die begeisterten Anhänger dieses Gedankens, die Wältschen und ein Teil der Deutschnationalen, schweigen sich darüber aus. Die russischen Methoden des Terrors haben einen Stimmungswandel hervorgerufen. Wenn aber keine Intervention an der Sowjets erfolgen kann, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als den bisherigen Kurs fortzuführen. Allerdings in anderem Tempo als bisher. Man

braucht nicht mehr von Locarno zu schwärmen, sondern soll es etwas auf Eis legen, damit es sich für kommende Jahre hält, wenn an der Seine wieder eine andere Stimmung herrscht. Vielleicht hat nichts so dem Gedanken geschadet, als die überschüssigen Hoffnungen, die man auf ihn setzte. Zwischen Frankreich und England sind einzuschließen vor eine der Ideen unserer Deutschnationalen, und daher eigentlich gar keine Idee, sondern eine Partei. Wir haben jedesmal erlebt, daß man in London jedesmal wiederholte, sobald man in Paris deutschen Forderungen Widerstand leistete. Nach jetzt sind im Unterhaus Erklärungen abgegeben worden, die den vertraglichen Zwang zur Abänderung nicht überheben, aber praktisch ist nichts erreicht worden. Der Sturm muß sich gegen Frankreich richten, um dort Wandel zu schaffen. Und auszusichern ist das gewiß nicht, nur darf man mit Staatsbesuchen und Ministerreden im Stille Bergs nicht Herrn Poincaré neue Vorwände liefern.

Die eigentliche Bedeutung der letzten Ratstagung in Genf hat mit den Abfragen der deutsch-französischen Beziehungen nichts zu tun. Was dort erreicht wurde, ist die Abdämpfung der Kriegsgefahr. In den Verhandlungen der Großmächte hat sich herausgestellt, daß die enge deutsche Fühlung mit Moskau auch für die anderen ein Gewinn ist. Nur Poincaré will und kann das nicht begreifen. Die Engländer waren jedenfalls dieser Ansicht und auch sonst hat man nicht an der deutschen Stellungswahlung geäußert. Wenn eines der Hugenbergischen Sentimentsphären besprochen, Stresemann sei dort in eine Junge genommen worden, so entspricht das in keiner Weise den Tatsachen. Man kann im Gegenteil sagen, daß sich in dieser Hinsicht die deutsche Stellung noch gebessert hat. Man weiß heute überall, daß, wenn die Stunde schlägt, von der Beziehungen mit Russland neu zu knüpfen, nur der deutschen Republik diese Aufgabe zufallen kann. Von einer Einheitsfront gegen die Sowjets ist keine Rede mehr, nachdem Stresemann über seine Unterredung mit Tischlerstein in Baden-Baden Bericht erstattet hat. Viel eher ist anzunehmen, daß man sich auf eine Anstellung langsam vorbereitet. Das kommende Jahr ist ein Wahljahr erster Ordnung. In Frankreich, Deutschland, England und Amerika wird das Volk ausgerufen, sein Schicksal neu zu bestimmen. Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen, wird sich zeigen, ob eine Verstärkung oder Abmilderung der Gegenstände erfolgen kann.

Herr Briand kehrte krank aus Genf zurück. Ein schwerer Anschlag der ihn sogar am Sehen hinderte, gelang zu heilsamen Abreise, noch ehe die Verhandlungen zu Ende geführt worden waren. Der Außenminister mußte sein Ressort für einige Tage im Stich lassen. Diese kurze Zeitspanne hat Poincaré dazu be-

leben. Wenn Deutschland einige Vertragsbedingungen in der Frage der Abrüstung nicht erfüllt hat, so handelt es sich nicht um Terminverlängerungen, nicht um Beweise hohen Willens. Das Gesetz über die Kriegsgefahr wird noch vor den Sommerferien oder Reichstags verabschiedet werden. Das Gesetz über die Polizeiorganisation ist im französischen Landtage vom Ausmaß bereits angenommen worden. Die Sprengung der Opposition ist vollzogen. Dem steht aber gegenüber, daß kein anderer Staat bisher Miene gemacht hat, die Bedingungen der Präambel zu Teil 5 des Friedensvertrages, der die allgemeine Abrüstung vorsieht, auch nur in Angriff zu nehmen. Im Gegenteil hat gerade Paul-Boncour auf der Abrüstungskonferenz Sabotage getrieben, und die neue Heeresvorlage, die die beschleunigte Kriegsmobilisierung nicht, ist die schlimmste Konzentration der bewaffneten Macht, die überhaupt denkbar ist. Poincaré wollte die Politik seines Ministers durchsetzen. Die deutsche Antwort sollte noch in dieser Woche, aber nicht so früh, als die Entschädigung, sondern der Vorhof der Radikalfractionen und Sozialisten in der Pariser Kammer angehängt haben. Es ist sehr wohl möglich, daß das Kabinett Poincaré, an sich schon stark erschüttert, hier ernstlich gefährdet wird. Briand kann diese Sabotage nicht hinnehmen, und wenn beschleunigt werden ist, Poincaré habe im Einverständnis mit ihm gehandelt, so ist diese Frage von Blättern, die dem Außenminister nahesteht, sofort abgedroselt worden.

Das Arbeiten erleichtert und die gezielte Arbeit zu erleichtern. colorchecker CLASSIC. Wenn auch sprechen. Gesamtzeit. Wir setzen. stände zu. Fall war. dann ein. folgt. Le. berige der. schritt lieg. des Richte. mit der V. haben, ob. man keine. Verpflicht. mente erbe. nicht begr. here Part. tionäre k. sprechen, die. Zukunft de. nächst ein. sollte.

### Geht Sie das an?

Haben Sie schon in diesem Jahre für die Partei ein Mitglied gewonnen? Wenn nicht, dann beileben Sie sich, damit wir Sie in die Liste der Förderer eintragen können.

Jeder organisierte Demokrat hat im Laufe dieses Jahres der Partei ein neues Mitglied zuzuführen.

müht, um in dieses keine Gewebe mit groben Geweben hineinzuweisen. Nicht nur die deutsche Presse, auch die Americas und Englands, die der Zentralen und der gesamten französischen Einken wendet sich amwärts gegen diese Sonntagspredigten, deren einziger Zweck es ist, Völker zu verzeihen. Was er in Lumenille ausgeführt hat, mutete an, als ob wir noch in den Zeiten des Aufkumpfes

Unsere Deutschnationalen haben Recht. In der Außenpolitik blieben die Erfolge gerade aus, als sie in die Regierung traten. Die Finanzgebarung, auf deren Mängel wir immer wieder hingewiesen haben, hat eine Kritik erfahren, an der man nicht vorübergehen kann. Der Zwischenbericht des Generalagenten für die Reparation rügt die Liebesgaben an die süddeutschen Staaten und wendet sich überhaupt gegen den Partikularismus, der mit Herrn Dr. Köhler in das Reichsfinanzministerium eingezogen ist. Somit ist in diesen Monaten nicht viel geschehen. Nur das Republik-Schutzgesetz mit der Verbannung des Kaisers wurde von den Monarchisten verlängert. Sie werden uns vermutlich in Lungen auch den gesetzlichen Feiertag des 11. August schenken. Es wüßte eben der Mensch mit seinen höheren Zweiden. Das Einzige, was für sie noch in Aussicht steht, ist eine Erhöhung des Kartofel- und Zuckersollens auf Kosten des deutschen Volkes, während die Industriezölle voraussichtlich abgebaut werden. Man kann gespannt sein, wie lange sich die Zentrumsmächte dieser Art von Regierung mit ansehen. Wir aber wünschen nicht, daß das Kabinett schon jetzt verschwindet. Die Sündenliste der Deutschnationalen list uns noch nicht groß genug. Richard Ma u.